Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtrags 25 Pfg. Alle Postanstalten nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Nonpareillezeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Aufgeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 5. — 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Mittwoch, den 6. Januar 1926

Um unsere Luftfahrt.

Von den paar Flugzeugwerken, die wir noch haben, wandert schon wieder eins in das neutrale Ausland. Denn für das deutsche Flugzeug, überhaupt für das gesamte Luftfahrtwesen gibt es ja noch ein „neutrales" und ein „feindliches" Ausland. In der Schweiz, in Holland, in Schweden feiert die dorthin abgewanderte deutsche Industrie Triumphe; nur in Deutschland bleibt sie nach wie vor den Beschränkungen unterworfen, die man durch das Londoner Ultimatum 1921 uns auferlegt hat und die weit über das hinausgehen, was der Versailler Vertrag bestimmte. Dort hieß es, daß wir nur Militärflugzeuge nicht mehr bauen dürften. Seit 1921 aber ist es uns verboten, Flugzeuge zu bauen, die schneller als 150 Kilometer in der Stunde fliegen können; wir durften keinen Motor über 160 Pferdestärken benutzen mit einer Gipfelleistung von 3000 Metern.

Darüber hat man auch in Locarno gesprochen, und in Deutschland betrachtete man es als selbstverständliche Folgerung der Unterzeichnung des Vertrages, daß nun diese Beschränkungen einfach wegfallen würden. Nicht die militärischen Bestimmungen, weil wir ja der Kontrolle und der Rüstungsbeschränkung unterworfen bleiben, während sich beispielsweise England gerade jetzt wieder ein Bombenflugzeug mit einem Motor von 650 Pferdestärken und mit zwei kleinen Kanonen gebaut hat. Alles natürlich zum Zweck der Landesverteidigung.

Trotz der einfachen Sachlage begannen in Paris am 7. Dezember vergangenen Jahres Verhandlungen; schon das war ein schlechtes Zeichen, daß sie nicht rasch und klar zu Ende geführt, sondern am 18. vertagt wurden. Jetzt haben sie wieder begonnen unter Teilnahme der deutschen Beauftragten. Das bisherige Resultat ist wenig versprechend: die Franzosen wollen die Beschränkungen fallenlassen, dafür aber neue „Ersatzgarantien" haben, die genau so untragbar für uns sind wie die bisherigen. Außerdem eine Reihe von Ausnahmebestimmungen gegen Deutschland allein in einer Art darstellen, die mit dem Geist von Locarno absolut unvereinbar sind. Zunächst verlangen die Franzosen — dabei ist besonders schlimm, daß die anderen Ententegenossen gleichfalls dies Verlangen stellen —, daß wir die Konstruktionspläne eines jeden neuen Typs zwecks Kontrolle auf militärische Verwendbarkeit vorlegen. Was einfach nichts anderes bedeutet als die Ausspionierung unserer gesamten Flugzeugindustrie; keine Erfindung wäre dann vor den Augen der ausländischen Konkurrenz gesichert. Aber natürlich wird diese Forderung lediglich „aus militärischen Gründen" erhoben. Ferner verlangt Frankreich, weil ihm das offenbar noch nicht genügt, um in die deutschen Konstruktionsgeheimnisse tief genug einzudringen, die Überwachung des Unterrichts der Flugschüler, um jeden Handgriff, jede Neuleistung feststellen zu können. Und schließlich, damit Deutschland nicht vorwärtskommt, fordert man die Einschränkung der Zahl der Piloten und der Flugschüler auf ein bestimmtes Maß, über das wir nicht hinausgehen sollen; auch natürlich aus „militärischen" Gründen. Dieses Verlangen ist ganz besonders grotesk. Wir haben in den letzten fünf Jahren unserer Flugtätigkeit ganze 160 Piloten beschäftigt und weisen 500 Flugschüler auf, von denen ein Teil schon im Kriege geflogen ist. Frankreich aber hat vom Kriege her nicht weniger als 15 000 Flieger aufzuweisen und bildet jährlich 2500—3000 Flugschüler aus! Über wieviel Flugzeuge allein schon dieses Land verfügt, ist nicht feststellbar, aber man spricht von 8000—9000 Stück moderner und modernster Art.

Allzu durchsichtig ist also, was man von uns „aus militärischen Gründen" verlangt: man will mit allen Mitteln die deutsche Konkurrenz im Luftfahrtwesen niederhalten. Nun haben aber auch die allgemeinen Luftverkehrsverhandlungen begonnen; Deutschland, mitten im Herzen Europas gelegen, hat dadurch ein schweres Gewicht in die Wagschale zu werfen. Es geht nicht ohne oder gegen uns, das hat besonders England schon bemerkt. Flugtechnische Vorteile und Rentabilitätsgründe wichtigster Art können wir also ins Feld führen gegen jene Versuche, die Knebelung unseres Luftfahrtwesens unabsehbar zu verlängern. Und man soll in Paris es den Franzosen und den anderen Mitgliedern der Kommission der Entente ruhig sagen, daß wir ganz genau wissen, was die Franzosen eigentlich wollen; wir haben nichts dabei zu befürchten, weil den andern an einer allgemein erfolgreichen Lösung gerade der Luftverkehrsverhandlungen außerordentlich viel gelegen ist. Dafür, daß man uns knebeln, unser Gebiet aber nach allen Richtungen und mit Flugzeugen jeder Größe überfliegen, unser Bedürfnis nach dem Luftverkehr auf Kosten unseres Flugwesens ausnutzen will, werden wir nicht zu haben sein und brauchen es nicht zu sein.

Erleichterungen der Notstandsarbeiten.

Bereitstellung von öffentlichen Mitteln.

Im Anschluß an Vorbesprechungen mit dem preußischen Wohlfahrtsministerium wurden im Reichsarbeitsministerium mit den Vertretern der Landesregierungen die Erleichterungen beraten, die für die Durchführung öffentlicher Notstandsarbeiten in den Bezirken gewährt werden sollen, die unter besonders großer Erwerbslosigkeit leiden. Allgemeine Übereinstimmung bestand darüber, daß die zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bestimmten öffentlichen Mittel bei der großen Not der Erwerbslosen in möglichst entgegenkommender Weise für Notstandsarbeiten zur Verfügung gestellt werden sollen. Es wurde daher beschlossen, in den notleidenden Bezirken das Ausmaß der Darlehen, die Reich und Länder für Notstandsarbeiten geben, gegenüber der bisherigen Übung beträchtlich, im Höchstfalle bis zu 80 % der Gesamtkosten, zu erhöhen.

Ferner soll nötigenfalls der Zinssatz für diese Darlehen bis auf 5 %, im besetzten Gebiet in Ausnahmefällen auf 4 % herabgesetzt werden. Auch die Tilgung der Darlehen soll dadurch erleichtert werden, daß der Beginn der Rückzahlungen um ein bis zwei Jahre hinausgeschoben wird. Endlich soll es den Gemeinden, die durch die Fürsorge für ausgesteuerte Erwerbslose besonders stark belastet sind, erleichtert werden, auch Ausgesteuerte zu Notstandsarbeiten heranzuziehen. Das Ergebnis der Besprechung wird den Regierungen der Länder durch einen Runderlaß des Reichsarbeitsministeriums mitgeteilt werden.

Der Fälschungsskandal in Budapest.

Prinz Windischgrätz gesteht.

Die aufsehenerregende Verhaftung des Prinzen Ludwig Windischgrätz in Budapest, der als Führer der vor längerer Zeit in Ungarn entdeckten Frankfälscherbande festgestellt wurde, scheint die Einleitung zu einer großen Affäre zu sein, die stark politischen Einschlag hat. Die ganze Fälschungsgeschichte wird auf den Plan einiger politischer Abenteurer zurückgeführt, die sich vor zwei Jahren durch Verwertung falscher tschechischer und französischer Banknoten in den Besitz bedeutender Geldmittel setzten, um mit diesem Geld einen Putsch zugunsten der Habsburger in Szene zu setzen. In dieser Gruppe spielte immer Prinz Windischgrätz eine große Rolle. Er hat ein teilweises Geständnis abgelegt und seine Mitwisserschaft an den Geldfälschungen insoweit eingestanden, als er zugab, daß ihm sein Kammerdiener Kowacs einige falsche Banknoten gezeigt und er diese Fälschungen für so gut befunden habe, daß er dem Diener den Rat gab, die Noten zu verwerten und in Umlauf zu bringen.

In der Angelegenheit wurde weiter der Budapester Zinkograph Geroc verhaftet, der zugab, daß er an der Herstellung der Banknoten beteiligt war. Wo die falschen Noten sind, konnte oder wollte er nicht sagen. Er gab nur zu, daß sich die größte Menge noch in Budapest befindet. In die Affäre verwickelt ist der bisherige Landespolizeichef Emmerich v. Radony, der vom Amte entfernt und in Untersuchung genommen wurde. Besonders in Frankreich herrscht begreiflicherweise starkes Interesse an der Aufklärung der Fälschungen, und der in Budapest weilende französische Polizeiagent Bennoit ist nach Mailand gereist, um dort die Festnahme des ungarischen Abgeordneten Ulain zu veranlassen.

Auch Sistierungen in Hamburg.

In der Angelegenheit der Frankfälschungsaffäre sind auch in Hamburg Verhaftungen erfolgt. In Budapest wurde der pensionierte Beamte Eugen Olchvary in Haft genommen, der ein Bruder des in Hamburg verhafteten Edmund Olchvary ist und mit ihm in ständiger Verbindung stand. Als Olchvary den Eindruck gewonnen hatte, daß es der Polizei alsbald gelingen würde, in der Angelegenheit der Frankfälschung den Tatbestand aufzudecken, schickte er aus Wien an Edmund Olchvary eine Depesche und machte ihn darauf aufmerksam, seine Aktion einzustellen und ohne Verzug nach Budapest zurückzukehren. Dieses Telegramm wurde von der Hamburger Polizei beschlagnahmt, die die Budapester Oberstadthauptmannschaft verständigte, indem sie gleichzeitig mitteilte, daß bei Edmund Olchvary mehrere hundert Stück falsche Franknoten gefunden worden seien.

Weitere Festnahmen.

Das „Neue Wiener Tageblatt" berichtet, daß einige neue Verhaftungen vorgenommen wurden, so die des Barons Siegismund Peronyi, eines Intimus des ermordeten Grafen Stephan Tisza. Ferner erfolgten Haussuchungen bei Bonis und Budzhazi, den Führern und Organisatoren des westungarischen Aufstandes gegen Österreich anläßlich der Besetzung des Burgenlandes. Es heißt auch, daß der intime Freund des Prinzen Windischgrätz und führende Politiker Szmrecsanyi verhaftet worden sei, der besonders in der slowakischen Irredenta eine hervorragende Rolle gespielt hat.

Die in Budapest arbeitenden französischen Kriminalbeamten wollten, wie es heißt, von Wien aus nach Berlin reisen, um den Ursprungsort des angeblich aus Deutschland stammenden Banknotenpapiers auszuforschen. Später wurde jedoch die Feststellung gemacht, daß das Papier in einer schwedischen Papierfabrik hergestellt worden sein müsse. Es verlautet, daß seitens der französischen Regierung die Forderung nach Schadenersatz an die ungarische Regierung geltend gemacht werden wird.

Die ungarische Regierung.

Wie Wiener Blättern aus Budapest gemeldet wird, soll Ministerpräsident Graf Bethlen am letzten Donnerstag seine Demission eingereicht haben. Der Reichsverweser habe jedoch die Demission nicht angenommen. Graf Bethlen soll nun erklärt haben, daß er nur unter der Bedingung auf seinem Posten verbleiben werde, wenn er in der Aufdeckung der Banknotenfälscheraffäre vollkommen freie Hand erhalte und wenn die Behörden ohne Rücksicht auf Ansehen und Person Erhebungen pflegen können. Erst nach dieser Zusicherung erklärte er sich zur Fortführung der Geschäfte bereit. Darauf geschahen die weiteren Schritte.

Der verhaftete Prinz.

Prinz Ludwig Windischgrätz ist der Enkel des Feldmarschalls, der 1848 im Namen Habsburgs in Wien, Prag und Budapest die Revolution niedergeschlagen hat. Der Verhaftete war im Krieg ungarischer Ernährungsminister. Neben ihm wird als dringend verdächtig bezeichnet der frühere ungarische Ministerpräsident, Graf Paul Teleki, der Präsident des kartographischen Instituts, in dem die falschen Banknoten gedruckt wurden. Schwer kompromittiert ist auch der Kriegsminister, Graf Csaky, ein Schwager des in Holland verhafteten Obersten Jankowitsch, der beurlaubt wurde und mit seiner Gattin eine Reise nach Griechenland angetreten hat. Prinz Ludwig Windischgrätz soll Führer einer Gruppe gewesen sein, die den Erzherzog Albrecht zum König von Ungarn machen wollte. Der Prinz hat eine vielbewegte politische Vergangenheit, bei der er schnell von einer zur andern Partei hinüberwechselte. Er war einst sehr reich, besaß große Güter und Kapitalien, soll aber in letzter Zeit Riesenspielverluste gehabt haben. Hinzu kämen noch Verluste, durch die die Windischgrätzschen Musterkellereien infolge verfehlter Geschäfte in Mitleidenschaft gezogen worden wären. Prinz Windischgrätz sei derart verschuldet, daß er gezwungen war, auf seine Güter ein hypothekarisches Darlehn im Betrage von 200 000 Dollar aufzunehmen, die jetzt fällig gewesen wären.

Meineidsverfahren gegen Dr. Luppe.

Vom Amte suspendiert.

Gegen den Oberbürgermeister von Nürnberg, Dr. Luppe, ist ein Meineidsverfahren eröffnet worden. Luppe wird vorgeworfen, daß er sich in den von ihm gegen den nationalsozialistischen Stadtrat Streicher geführten Beleidigungsprozessen in Widersprüche verwickelt habe. Die Regierung von Mittelfranken hat die Suspendierung Luppes von seinem Amte als Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg verfügt.

Dem Verfahren gegen Dr. Luppe liegt folgender Tatbestand zugrunde: Streicher hat dem Oberbürgermeister öffentlich zum Vorwurf gemacht, daß er im Jahre 1920 von der Nürnberger Altbekleidungsstelle unberechtigterweise einen Mantel erworben habe. Bei dieser Gelegenheit wurde in die Kundenliste der Altbekleidungsstelle nicht der Name des Dr. Luppe, sondern ein fremder eingetragen. Im ersten Beleidigungsprozeß gegen Streicher hatte Dr. Luppe unter Eid bekundet, er habe gelegentlich des Mantelkaufs gegenüber dem Beamten der Altbekleidungsstelle den Wunsch geäußert, daß sein Name nicht in die Kundenliste eingetragen werde. In dem vor wenigen Wochen verhandelten Revisionsprozeß dagegen lautete die eidliche Aussage Dr. Luppes über dieselbe Angelegenheit dahingehend, daß er bei seinem Mantelkauf bei der Altbekleidungsstelle mit der Namenseintragung überhaupt nichts zu tun gehabt habe.

Eine Botschaft Coolidges zur Abrüstungsfrage.

Bereitstellung von 50 000 Dollar.

Präsident Coolidge hat den Kongreß in einer besonderen Botschaft um die Bewilligung von 50 000 Dollar zur Bestreitung der Kosten der Teilnahme der Vereinigten Staaten an den Arbeiten des vorbereitenden Ausschusses für Abrüstungsfragen ersucht. Coolidge betont in dieser Botschaft, die Beteiligung an den Arbeiten des vorbereitenden Ausschusses bedeute keine Verpflichtung hinsichtlich der Teilnahme an einer späteren Konferenz zur Herabsetzung und Einschränkung der Rüstungen. Die Haltung der Regierung in dieser Hinsicht könne nicht im voraus vor der Einberufung solcher Konferenzen festgelegt werden. Coolidge erklärt, daß nach seiner Über-